

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen 20 und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Verlagspreis monatlich 1,50 Mark (Postzusatz 1,25 Mark) durch die Post bezogen monatlich 2,20 Mark (ohne  
Zusatz für den Postzuschlag) Verlag: Arbeiterstimme-Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden - A. / Geschäftsstelle u. Expedition:  
Bismarckstraße 2 / Postfach 17256 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690. Preis des Einzelheftes: 10 Pfennig.  
Schreibleitung: Dresden - A. Bismarckstraße 2 / Fernruf: Amt Dresden Nr. 17256 / Druckvermittler: Arbeiter  
stimme Dresden / Druckarbeiten der Redaktion: Mittwochs 16, 18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die erstmalig gezeigte Anzeigenzeile oder deren Raum 0,35 Mark, für Familien-  
anzeigen 0,20 Mark. In die Anzeigenzeitung an den dreißigsten Teil einer Zeile 1,50 Mark.  
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden - A., Bismarckstraße  
10 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer  
Preise besteht kein Anrecht auf Vorkauf oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 7. Februar 1929

Nummer 32

## Zentrumsaustritt für Hermann Müller!

Sturz der Koalitionsregierung als Etappe der nächsten Arbeiterkämpfe!

### Das Konkordat soll erzwungen werden

Berlin, 7. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Die gestrige Kabinettsitzung der SPD-Minister hat vor allen politischen und personellen Wünschen der Zentrums- und völkervereinlichungs-Koalition kapituliert. Nachdem die Notwendigkeit der Großen Koalition angeht, so ist die Verhandlung im Interesse der Bourgeoisie beendet, dem Zentrum die geforderten drei Ministerposten, vornehmlich das des Reichsjustizministers, zugesprochen, der Volkspartei die sofortige Umbildung des Preußenkabinetts zur Großen Koalition zugesichert usw. Trotzdem hat das Zentrum in seiner Reaktionshaltung mit der Formulierung abgelehnt: „Eine Gleichzeitigkeit der Umbildung der Regierungen im Reich und in Preußen lehnt die Zentrumsoption des Reichstages im Augenblick aus zwingenden sachlichen Gründen ab“.

Darauf lehnte es Stresemann für die Volkspartei ab, auf die Erfüllung der preussischen Forderungen zu verzichten. Kurz danach hat der Reichsjustizminister Gehrard demissioniert und seinen Austritt aus dem Kabinett erklärt.

Die Entscheidung des Zentrums wurde diktiert, weil es keine Umbildung der Preußenregierung will, ehe nicht das Konkordat zustande gekommen ist. Das Zentrum befürchtet, daß die völkervereinlichungs-Minister infolge der noch vorhandenen bürgerlich-liberalen Tradition in der Volkspartei dem Konkordat Schwierigkeiten machen werden. Das bestärkt der heutige Berliner Völkervereinlicher, der schreibt: „Im Zentrum will man, bevor die Volkspartei in Preußen die von ihr geforderten 2 Ministerposten erhält, volle Klarheit über die Konkordatsfrage haben. Man erklärt, daß man mit der Volkspartei bei der Behandlung des Konkordats keine guten Erfahrungen gemacht habe und darum besondere Sicherheiten brauche“.

Der Vorwärts heufmeiert über den Austritt des Zentrums und bezeichnet ihn als „verantwortungslose Handlungsweise“. In der sozialdemokratischen Reichstagskoalitionssitzung, die gestern abend noch stattfand, habe Einmütigkeit darüber bestanden, daß aus dem Austritt des Zentrumsministers keine Konsequenzen fürs Kabinett entstehen und daß der Reichsjustizminister und die übrigen Mitglieder des Kabinetts im Amte bleiben. Das bestätigt nur, daß der Krieg- und Hungerkurs der Hermann-Müller-Regierung, ganz gleich, ob es wieder mit dem Zentrum zu einer Einigung kommen wird oder nicht, fortgesetzt werden soll. Die bürgerliche Presse unterstreicht gleichfalls, daß auf alle Fälle die Regierung nicht demissionieren, sondern

im Amte bleiben wird und begrüßt mit Beifall diese Tatsache.

Die Arbeiterklasse muß schärfste Kampfmaßnahmen zum Sturz der Hermann-Müller-Regierung ergreifen.

Daß der Austritt des Zentrums für Hermann Müller diesen und die Führung der SPD nur gefügiger machen wird und die Konkordatsverhandlungen in bedrohliche Nähe rückt, muß jedem klar werden, der den Koalitions-freieitismus der Sozialdemokratie einzuschauen weiß. Andererseits braucht jedoch die Bourgeoisie gerade jetzt, im Zeichen der sich zusammenballenden wirtschaftlichen Spannungen und der auf der Tagesordnung stehenden Kämpfe um Lohn und Brot die offizielle Bindung der SPD an den Staatsapparat. Das wird andererseits das Druckmittel der sozialdemokratischen Führer den Koalitionspartnern gegenüber darstellen. Gerade hierbei zeigt sich, daß die Not und das Elend der Arbeiterklasse für die Sozialdemokratie nur ein Sprungbrett in die Ministerstühle ist. Wehe der Arbeiterklasse, die ihre Existenz, die Vertretung ihrer Interessen einer solchen Regierung und solchen Führern anver-

traut. Mehr denn je gilt für die deutsche Arbeiterklasse das alte Wort des kommunistischen Manifestes Karl Marx' und Friedrich Engels': Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein! Und wir sind überzeugt, das Recht zu haben, für die kommunistische Partei von heute in Anspruch zu nehmen, was Marx von den Kommunisten seiner Zeit sagt, daß sie nicht Sonderinteressen einzelner gehobener Gruppen der Arbeiterklasse vertreten, wie das bei der Sozialdemokratie der Fall ist, sondern daß sie alle Sonderinteressen den Gesamtinteressen der Klasse unterordnen. Diese unumstößliche Tatsache wird früher oder später auch den heute noch der SPD folgenden Arbeitern klar werden. Dann aber ist der Tag da, an der keine bürgerliche und auch keine Koalitionsregierung mit der Sozialdemokratie imstande sein wird, das Gros, die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse, abzuhalten von der rücksichtslosen Vertretung ihrer Klasseninteressen bis zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft. Entscheidende Schritte auf diesem Wege werden die Kämpfe vor sich in Lohn- und Arbeitskämpfen befindlichen Arbeiterkategorien sein. Im Zusammenhang mit diesen Kämpfen muß der Sturz der Hungerpreiskoalition als Etappe auf dem Wege zur Durchsetzung der Arbeiterforderung gegen den Dreibund Kapital, Staat und Reformismus betrachtet werden.

### Politisches Kasstratentum

In der Sozialdemokratischen Partei herrscht Krisenstimmung. Die Bewilligung der Mittel für den Panzerkreuzerbau durch die Müller, Hilsenring & Co. hat in den proletarischen Kreisen der SPD-Mitglieder lebhaften Protest ausgelöst, der sich durch die Aufstellung des offenen, imperialistischen Wehrprogramms durch den ehemaligen Völkischen und Kappstreifen, Major Maas, der im Auftrag des Hauptvorstandes der SPD handelt, wesentlich gesteigert hat. Nicht zuletzt bewegt die sozialdemokratischen Arbeiter der ekelergregende Schacher um die Große Koalition. Die harten Auseinandersetzungen in der SPD erhielten eine - den SPD-Demagogen immer mehr fähiger werdende - Vertiefung durch die grundfälschlich geführte Kritik der kommunistischen Partei. Und wenn die Stamper, Weis & Co. in ihrer bekannten Großschandigkeit behaupten, daß „nur in Westfalen (Völkischer Bezirk - d. W.) eine abweichende Meinung“ zu vernehmen sei, so behaupten sie es wider besseres Wissen! Sie belügen selbst ihre eigenen Mitglieder! Und diese Sorte von Politikanten will Führer des deutschen Proletariats spielen.

Unsere fälschlichen und auferlässlichen „Linke“ heulen wie getretene Hunde ob des Auftretens des Hauptvorstandes. Nicht, daß Stamper offen und rücksichtslos, und mit einer ignis-

schneid, die ihresgleichen sucht, gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Stellung nimmt, die die Politik der Stamper, Hilsenring & Co. aufs schärfste bekämpfen - wenn auch mit falschen Mitteln infolge der Unklarheit -, ist, was die „Linke“ so sehr betrübt. Sie heulen, weil die Stamper es den Leut, Edel, Sander & Co. so schwer machen, die rebellierenden SPD-Arbeiter am Karren der Panzerkreuzerprojektion zu halten!

Um von diesen Auseinandersetzungen abzulassen, treibt die SPD-Presse, allen voran die Dresdner Volkszeitung, das Organ des sich so radikal gebärdenden Edel, eine wilde kommunisten- und Sowjetruhmrede.

Darin kennen sie keine Grenzen! Ein Musterbeispiel ist der Fall Trocki. Einmal sollte er so schwer erkrankt sein, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wurde, dann wieder war er dem Hungertode nahe, und neuerdings war er sogar - ertrunken! Alles - aber auch alles: erlagen und ertranken! Selbst das Monarchistenorgan, die Dresdner Nachrichten, wird von der Dresdner Volkszeitung in ihrer Hege gegen die KPD übertrifft, und das will was heißen!

Weber die Massenführung der Berliner Gewerkschaften bringt diese „sozialistische“ Zeitung einen Bericht, wie es vor und während des Krieges nur bei der monarchistischen Presse über Kundgebungen der Arbeiter gang und gäbe war. Verächtlich stellen diese „objektiven“ „Linke“ (!) fest, daß „nur junge Burschen“, ja, „fast ausschließlich Jünglinge des Obdachlosenals demonstrierten“. - So kann nur eine Partei sprechen, deren Politik sich den Interessen der bestehenden Klassen anschließt! Der Gipfelpunkt aber stellen sich diese „Sozialisten“, indem sie die Mitteln der Polizei verteidigen. Wahrscheinlich, sie sind einander meht!

Braucht man sich nach all dem noch zu wundern, daß sie von nichts anderem zu berichten wissen, als von der „Junahme des Alkoholverbrauchs in Rußland“, von der „Berramschung“, von „Aufständen“ und von „Korruption in der KPD“? Das alles aber erinnert so sehr an die bekannte Haltet-denn-Dieb-Methode, daß es kaum noch verfangen kann.

Wo jedoch Korruption als Massenerscheinung zu suchen ist, zeigt uns ein Artikel, überschrieben „Kom Wahlsapparat zur Massenpartei“, in der Dresdner Volkszeitung vom 4. Februar. Er behandelt die immer trübseliger werdende Lage in der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs. Man erfährt da Dinge, die einen Korruptionsstumpf von seltenem Ausmaß zeigen. Fall 1: Rechtsanwalt Torres, der vorübergehend einmal eine Gastrolle bei der KPD gespielt, aber bald wieder in die SPZ ging, weil er mit keiner Politik in der KPD nichts werden konnte, ist Verteidiger des Bankiers Bloch und des ehemaligen Finanzministers Klok, die beide in eine große Korruptionsaffäre verwickelt sind. Er verstand es, sich, trotzdem die Dinge bekannt sind, in einem Departement als Kandidat zur Kammerwahl aufstellen zu lassen. Den Führern der SPZ kam dieser Fall unangelegen, sie verweigerten die Genehmigung zur Aufstellung der Kandidatur. Als die Bezirke auf der Kandidatur beharrten, wurden sie mit „insgesamt 650 Mitgliedern“ ausgeschlossen. (In der KPD dagegen wurden während der innerparteilichen Auseinandersetzungen in den letzten Monaten kaum einige Duzend „Offiziere“ ausgeschlossen - d. W.)

Im zweiten Wahlgang, als die SPZ unter dem Druck ihrer Mitglieder die Parole ausgab, den Kommunisten Marx zu wählen, weil der SPZ-Kandidat durchgefallen war, ließ der „Sozialist“ Torres das sozialdemokratische Zentralorgan von der Polizei beschlagnahmen!

Fall 2: Alexander Baranne wurde vor drei Jahren aus der SPZ ausgeschlossen. Er hatte „gegen den Willen der Van-

## Generalstreik gegen Primo de Rivera!

Massenverhaftungen in Valencia

Paris, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Parole des Generalstreiks wird in Valencia in fast allen Betrieben durchgeführt. Auch in Alcoy steht die Mehrzahl der Betriebe still. Der Marcellanerschlächter Sanjurjo hat über Valencia den Belagerungszustand verhängt. Zahlreiche Arbeiter und auch oppositionelle Bürgerliche wurden verhaftet. Alle Versammlungen auf den Straßen sind verboten und werden sofort auseinandergejagt. Die Straßen sind voll von Militär, Gendarmen und auch fälschlicher Bürgergarde. Im Hafen von Valencia ist das Kriegsschiff „Prinzessin Maria“ eingelaufen. Eine außerordentlich scharfe Zensur wurde eingeführt, so daß die Zeitungen über die Ereignisse ganz zurückhaltend oder überhaupt nicht berichten und sich auf die kommentarlos Wiedergabe der Kommunique Primo de Riveras beschränken.

30 Arbeiter in Bombay getötet

London, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Nach den neuesten Meldungen aus Bombay hat sich die Lage bedeutend verschärft. Es handelt sich nach wie vor um Ausweisungen der Arbeiterkämpfe in den Spinnereien und nicht, wie die bürgerliche Presse behauptet, um „religiöse“ Konflikte. Bisher wurden 30 Arbeiter getötet. Die Zahl der Verletzten ist unabsehbar.

Arbeitermord auch in Colombo!

London, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Bei den Kämpfen zwischen Soldaten und Zivilisten in Colombo wurden nicht nur über 300 Arbeiter verletzt, sondern

bisher 5 getötet. Das Militär schloß in die Menge der Streikenden, tötete jedoch zum Teil nach den Weinen, sonst wäre die Zahl der Toten bedeutend höher geworden.



General Castro Cirano  
Der von Primo de Rivera verhaftete Führer der russländischen von Valencia